

# PRESSEUNTERLAGE

## zum Hintergrundgespräch der Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko) am 3. Juli 2018

### Gesprächspartnerinnen:

**Mag. Eva Blimlinger, Präsidentin der uniko, Rektorin der Akademie der bildenden Künste Wien**

**Mag. Elisabeth Fiorioli, Generalsekretärin der uniko**

### Thema:

**Rückblick zum Semesterende, Ausblick auf das zweite Halbjahr 2018**

Für die **Universitätenkonferenz (uniko)** ist der Budgetbeschluss im Sommer des Vorjahres zur Erhöhung des Universitätsbudgets für die Leistungsvereinbarungsperiode 2019 bis 2021 (ursprünglich 1,35 Milliarden Euro) ein Signal für die Neuausrichtung der Universitätspolitik, verbunden mit dem Startschuss zu einer Studienplatzfinanzierung. Auch die im Juni vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) ausgesandte Verordnung zur **Universitätsfinanzierung** wird von der uniko als weiterer notwendiger Schritt zur Umsetzung der kapazitätsorientierten, studierendenbezogenen Universitätsdotierung in weiten Teilen begrüßt.

Abgelehnt wird hingegen die Koppelung der Mittelvergabe an die Sicherstellung der Umsetzung von Qualitätsmaßnahmen in der Lehre. „Die angeführten Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Lehre bedeuten speziell für die kleineren Universitäten einen nicht zu rechtfertigenden bürokratischen Aufwand, der durch das neue Finanzierungsmodell keineswegs gedeckt ist“, bemängelt **Präsidentin Blimlinger**. „Man kann sich leider des Eindrucks nicht erwehren, dass diese Maßnahmen auch dazu gedacht sind, die Autonomie Stück für Stück zurückzunehmen.“ In der kommenden LV-Periode muss vielmehr sowohl die Verbesserung schlechter als auch die Erhaltung guter Betreuungsrelationen sowie die Umsetzung der gewünschten qualitätssichernden Maßnahmen durch Budgetsicherheit gewährleistet werden.

Der guten Ordnung halber sollen auch „die budgetären Wermutstropfen“ erwähnt werden: Der Gesamtbetrag des Universitätsbudgets wurde seit Jahresbeginn mittlerweile um 86 Millionen Euro reduziert. Die 1,35 Milliarden Euro wurden zuerst mittels Budgetbegleitgesetz um 78 Millionen Euro „gedämpft“, am vergangenen Donnerstag, 28. Juni, wurden den Universitäten noch-

mals zumindest rund acht Millionen abgenommen. Der Wissenschaftsausschuss segnete das aus uniko-Sicht inakzeptable Ansinnen des BMBWF ab, wonach die Universitäten die sogenannten Pensions-„Überweisungsbeträge“ für ausgeschiedene Beamtinnen und Beamte aus dem Globalbudget zu berappen hätten – rückwirkend für die vergangenen Jahre, aber auch für die kommenden Jahre. „Damit werden die Universitäten zweimal zur Kasse gebeten, der fixierte Betrag wird ab kommendem Jahr weiter geschmälert“, stellt **uniko-Präsidentin Eva Blimlinger** klar.

**EU-Ratsvorsitz.** Die **uniko** setzt in den EU-Ratsvorsitz Österreichs im zweiten Halbjahr 2018 große Erwartungen. Immerhin soll in diesem Zeitraum das 9. Forschungsrahmenprogramm der EU *Horizon Europe* beschlossen, die Investitionen in Wissenschaft und Forschung sollen für die Jahre 2021 bis 2027 auf 100 Milliarden Euro aufgestockt werden. Ein Gutteil des Programms ist der Grundlagenforschung, somit dem „Kerngeschäft“ von Europas Universitäten gewidmet, von dem auch heimische Universitäten profitieren. Die aus 23 Spitzenuniversitäten bestehende League of European Research Universities (LERU) hat erklärt, 100 Milliarden Euro könne nur eine Untergrenze sein. „Wenn unter Österreichs Präsidentschaft Maßnahmen zur Aufstockung der Mittel gesetzt werden, könnte sich Österreich für diesen Beitrag zum Jahresende zurecht rühmen“, erklärt die uniko-Präsidentin. Vor allem die Kürzungen der **Marie Skłodowska-Curie-Actions** sollten zurückgenommen und höher dotiert werden. Mit diesem Programm der EU-Kommission wird der exzellente Wissenschaftsnachwuchs gefördert, dessen finanzielle Ausstattung für den Europäischen Forschungsraum von besonderer Bedeutung ist. Auch die Budgetsteigerung für das **European Research Council (ERC)** mit 3,6 Milliarden Euro für den Zeitraum von sieben Jahren ist deutlich zu gering. Schon jetzt ist die Bewilligungsrate auf Grund fehlender Mittel extrem niedrig; viele ausgezeichnet bewertete Projekte können nicht umgesetzt werden.

**ÖH-Kooperation.** Für das Wintersemester haben sich **uniko** und die **Österreichische Hochschüler\_innenschaft (ÖH)** vorgenommen, die derzeit sehr gute Zusammenarbeit weiter auszubauen. Die regelmäßigen Gesprächsrunden haben dazu geführt, dass in der jüngsten Plenarsitzung der uniko die Empfehlung für die Einrichtung eines **Stipendienabschlussfonds für Berufstätige** beschlossen wurde. Zudem wurde eine Arbeitsgruppe zum Thema „Studienrecht neu – besser Studieren“ eingerichtet, die noch vor Jahresende erste ausgearbeitete Ergebnisse vorlegen wird. „Es geht der uniko gemeinsam mit der ÖH darum, die Studienaktivität und die Abschlussquoten zu erhöhen und die Regelungsdichte im Studienrecht zu verringern. Wir diskutieren auch Modelle von Voll- und Teilzeitstudierenden, um der steigenden Berufstätigkeit und anderen Verpflichtungen Rechnung zu tragen. Ein gemeinsames Anliegen ist es, dass die Familienbeihilfe ab dem 18. Lebensjahr bzw. mit Beginn des Studiums an die Studierenden direkt ausgezahlt wird, und dies nicht von der Zustimmung der Eltern abhängig ist“, betont **Präsidentin Blimlinger**.

**Universitätsdiskurs Austria.** Nach der „Ausladung“ durch das Forum Alpbach hat sich die uniko entschlossen, 2018 eine neue eigene Veranstaltungsreihe unter dem Motto **Universitätsdiskurs Austria** zu eröffnen. Das heurige Thema lautet „Inklusive Wissenschaft: zum Für und Wider von Open Science und Citizen Science“, die Premiere wird am **11. September** ab 15 Uhr in Wien am Maria-Theresienplatz in Kooperation mit dem **Wissenschaftsfonds FWF** im Rahmen des [Wissenschaftsfestivals „Be Open“](#) (8. bis 12. September) über die Bühne gehen. Interessierte sind eingeladen, sich unter [www.uniko.ac.at/aktuelles/veranstaltungen](http://www.uniko.ac.at/aktuelles/veranstaltungen) für die Podiumsdiskussion sowie den anschließenden Abendempfang anzumelden.